

Die Regierungen Frankreichs und Englands haben sich dauernd eifrig bemüht, um Italien zu einer stärkeren Beteiligung am Krieg zu veranlassen. Die Pariser und Londoner Mächte stellten dem Kaiser Mantenegro geradezu als Schuld Italiens hin und forderten immer wieder, Italien solle größere Truppenmassen nach dem Balkan werfen. So war ursprünglich auch verlangt worden, Italien möge sich am Kampf gegen die deutsche Westfront beteiligen. In diesen Tagen waren nun Briand, der französische Ministerpräsident und der Munitionsminister Thomas in Rom; sie kamen gleichsam als Kontrollleure und Anreizgeber. Vorher hatten bereits französische Generale eine Art Inspektion der italienischen

Kampffront vorgenommen. Auf mancherlei Weise ist bekannt geworden, daß der französische Besuch recht unangenehme Überraschungen erlebte. Nämlich derart, daß die Seren ihre Meinung, als strenge Italiener sich viel zu wenig an, erheblich korrigieren mußten. Italien steht wirklich gegen Österreich so starke militärische Kräfte ein, daß ihm darüber sehr wenig übrig bleibt. Und trotzdem ist's fraglich geworden, ob Italien durchweg seine Angriffsfähigkeit behaupten kann; in schweizerischen Blättern kann man lesen von der Anlage zurückliegender Verteidigungslinien, die geschaffen würden, weil Italien fürchte, es werde Venedig preisgeben müssen. Es sieht also mies aus mit der Hilfe, die Italien der Entente leisten kann. Trotzdem wird das Land weitergetrieben und da es sich aus den Banden nicht lösen kann, muß es sich treiben lassen. Die jüngsten Nachrichten lauten:

Mailand, 12. Febr. (D. D. B.) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Rom hatten die französischen Minister am Freitag vormittag zuerst eine kurze Besprechung miteinander. Darauf folgte Thomas Zuppelli, sowie der Unterstaatssekretär für Munition, Dandolo, auf, mit denen er eine längere Unterredung hatte, der große Bedeutung beigemessen wird. Um 10 Uhr fand sich Beland auf der Consulta ein, wo er sofort von Sonnino zu anderthalbstündiger Unterredung empfangen wurde. Anschließend hatte Beland mit Salandra eine halbstündige Unterredung. Bourgeois blieb den Vormittag im Hotel. Nachmittags werden weitere Besprechungen stattfinden. Um 8 Uhr war Empfang der Vertreter der italienischen Presse. Das Komitee der Interventionisten berief auf 8 Uhr abends einen großen Umgang ein.

Paris, 11. Febr. (D. D. B.) Die das „Echo de Paris“ aus Rom erzählt, werden gemäß den Einträgen, die in politischen und diplomatischen Kreisen gewonnen wurden, der Reise Belands wichtige Entscheidungen folgen. Diese werden zeigen, daß das Vorgehen Italiens keine Beschränkung unterliegt und daß Italien mit dem ganzen Österreichisch-ungarischen Krieg führt.

London, 11. Febr. (D. D. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Mailand, Belands Mission werde bewirken, daß die Italiener ein Landungskorps nach Salonik schicken, das ein gemeinsamer diplomatischer Rat der Verbündeten mit dem Sitz in Paris erteilt wird und daß die Italiener an der Munitionserzeugung teilnehmen.

Rom, 11. Febr. (D. D. B.) Das Antiklast veröffentlichen einen Bericht, nach welchem im Anschluß an den Befehl vom 24. Mai 1915 über das Verbot der Einfuhr und Durchfuhr österreichischer Waren der Handel zwischen Italien und Deutschland, sowie die Einfuhr deutscher Fabrikate oder aus dem Deutschen Reich stammender Waren nach Italien und dessen Kolonien verboten wird.

Man hofft also in Paris, Italien werde nun auch an Deutschland den Krieg erklären und die formelle Eröffnung des Handelskriegs könnte darauf vorbereitet sein. Wenn das Blatt Papier, auf dem die verhängnisvolle Erklärung niedergeschrieben wird, soviel als es Buchstaben trägt, Regimenter hervorzuheben könnte, wäre die Sache für die Mittelmächte sehr ernst. Aber so: was kann sich ändern? Nicht einmal die Steigerung der italienischen Munitionserzeugung ist in beträchtlichem Umfang möglich. Abgegeben davon, daß erst dieser Tage die größte italienische Munitionsfabrik in die Luft geflogen ist, mühte Italien erst Kohle erhalten, ehe es mehr fabrizieren kann. Trotzdem kann der Besuch Belands bewirken, daß Italien sich noch mehr anstrengen wird. Um so schlimmer die Folgen!

Lugano, 12. Febr. „Avanti“ berichtet über eine zunehmende Annäherung Salandras an die Sozialistische Partei und behauptet, daß diese Annäherung bald eine vollkommene Tatsache sein werde. Daher rühre der Haß der sogenannten Demokraten und der Nationalisten, die heute in ohnmächtiger Wut Salandra die Hände zeigen und mit einer neuen Auflage der Kaiserkrone drohen; doch würden sie diesmal gegen Salandra gerichtet sein, falls er in seiner lahmenden Außenpolitik und Kriegspolitik fortfähre. „Avanti“ rät indessen Salandra, sich nicht durch Drohungen begähren lassen, sondern das Volk für sich zu gewinnen, denn das Volk werde nicht hinter ihnen. Die Frage sei, ob die Demokraten, die Nationalisten, die offiziellen Sozialisten und die Regierung sich über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Mängel einigen könnten oder ob eine Partei den Minister wegen der ausgebliebenen Kriegserklärung an Deutschland zu befehlen gedenke. Im letzten Falle werde übrigens eine Krise wenig wahrscheinlich sein.

Rom, 11. Febr. (D. D. B.) Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ aus Catania haben drei Schwefelgruben die Arbeit eingestellt. 600 Familien sind obdachlos. Eine beim Präfekten von Catania vorstehende Kommission

gab drei Gründe für die Einstellung an, nämlich die Höhe der Kohlenpreise, schlechte Eisenbahnverbindungen infolge der Überschwemmung vor 14 Tagen und Mangel an Explosivstoffen.

Bern, 11. Febr. (D. D. B.) Nach einer erzogenen Landung eines italienischen Fliegers in Lugano tauchte bald das Gerücht auf, daß es sich um einen Deserteur handle. Die „Thurgauer Zeitung“ spricht heute offen aus, daß dies der Fall sei, indem sie Bardani als Deserteur begrüßt, der als erster durch die Luft desertierte. Dies mache es begreiflich, warum Flieger wie Flugzeug so schnell gegen Italien wieder aufgestellt wurden.

Vom Balkan.

Die Besetzung von Tirana.

Der Berichterstatter des „Berliner Volksboten“ berichtet aus dem k. und k. Kriegspresquartier vom 11. Februar: Die österreichisch-ungarischen Truppen haben gestern auf ihrem Vormarsch Tirana besetzt, ohne nennenswerten Widerstand zu finden. Auch die Gebirgsjäger südwestlich Preza sind von den österreichisch-ungarischen Truppen genommen. Tirana ist eine Stadt von 20 000 Einwohnern, liegt landeinwärts von Durazzo in einer wasserreichen Ebene, inmitten ausgedehnter Obstbaumplantagen. Durch das Vordringen der Offensive in der Gegend von Tirana werden die Wegeverhältnisse für den weiteren Vormarsch besser und die Möglichkeit eines Widerstandes von Ghads Anhängern verringert sich. Alle vom montenegrinischen Konsul in Rom und von der serbischen Regierung in Korfu verbreiteten Meldungen über eine Niederlage der k. und k. Truppen in Albanien sind erlogen; das Gegenteil ist Tatsache. Die Reste der serbischen Truppenteile und Ghads Anhänger ziehen sich immer schon zurück, bevor die k. und k. Truppen erscheinen.

Von anderer Seite wird berichtet: In Albanien drängen die Bulgaren immer weiter vor. Sie steigen in großen Kolonnen zur Küste hinab. Die gegen Durazzo vordringende bulgarische Armee steht unter dem Kommando des bekannten bulgarischen Generals Todorow.

In einer militärischen Kritik schreibt der „Temps“: Wir sind erstaunt, zu erfahren, daß die österreichisch-ungarischen Kolonnen, die an der Küste gegen Durazzo vordringen, auf dem Seewege verproviantiert werden. Das ist also, fragt der „Temps“, die von den Franzosen und Engländern so oft gepriesene Herrin der Adria?

Griechisches.

London, 11. Febr. (D. D. B.) Die „Daily News“ erzählt aus Athen vom 10. Februar: Die ministerielle Erklärung, die heute abend in der Kammer abgegeben wurde, wird vermutlich die Beziehungen zwischen Griechenland und der Entente nicht verbessern. Der Ministerpräsident sprach von dem Druck von außen und von der zunehmenden Gefahr für Griechenland, welche aus diesem Druck erstehe, der in der letzten Zeit den Charakter von Zwang durch die Staaten angenommen habe. Er ließ durchblicken, wenn er meinte, als er gegen die Verletzung der Neutralität von Korfu und gegen die gewaltsame Besetzung von Karaburun protestierte. Dieser Zwang, sagte er, werde vielleicht fortauern, aber die deutlich an den Tag getretene Entschlossenheit der Nation werde Griechenland zu der unerschütterlichen Überzeugung drängen, daß diese Staaten das Land absolut nicht werden dazu bewegen können, von einer Politik abzuweichen, welche die nationalen Interessen fördert. Der Minister des Innern verteidigte unter drohendem Verfall die Politik der Regierung und erklärte rundheraus, daß Griechenland sein Gei nicht demobilisieren werde. — Der Korrespondent der „Daily News“ schreibt: Jemand, der griechisch verstand und mit mir die Kammer verließ, folgte das Ergebnis der Verhandlungen so zusammen: Es ist keine Stimme zugunsten der Entente laut geworden.

Lugano, 12. Febr. (D. D. B.) Römische Blätter berichten aus Salonik, daß in den letzten Tagen große Truppenformationen in Salonik ausgeführt worden seien. Die Gesamtzahl des sich auf griechischem Boden befindlichen Expeditionsheeres betrage nunmehr 200 000 Mann. Auch schwere Artillerie und Munition werde im Hafen von Salonik und in der Bucht von Orphano gelandet. Die Ententeuppen sind besonders eifrig in dem Ausbau der rückwärtigen Verbindungen.

der Spionage verdächtig, als Staatsverbrecher ohne Beweise, ohne Untersuchung verurteilt. Eine nicht geringe Zahl blühte die russische Verfolgungssucht mit dem Tode.

Schon vor Beginn des Krieges hatte Rußland die Vernichtung der Deutschen im Baltischen beabsichtigt. Sie sollten von ihrem Grundbesitz vertrieben werden; man wollte das Deutschthum erdrücken, aus den Ostseeprovinzen ein russisches Gouvernement machen. Insofern hatte die Schicksalsstunde der Kurländer längst geschlagen. Eine Rettung schien kaum noch möglich. Dann kam der Krieg. Sein Verlauf ließ die Deutschen trotz aller Dummheit und Verleumdung die Hoffnung nähren. Wird Kurland von der russischen Herrschaft erlöst, dann ist hier die deutsche Kultur, dann ist das Deutschthum und der deutsche Geist gerettet. Im anderen Falle geht alles verloren. Den Deutschen bleibt dann nichts anderes übrig, als ohne Geld und Gut, bettelarm auszuwandern oder den russischen Senker in die Hände zu fallen. Rußland wird uns vernichten; darum bleibt den Balten keine Wahl. Ihre einzige mögliche Rettung ist Deutschland. — So hört man es in allen Tonarten, bald mit schillerndem Durchdringen des ideologischen Motivs, zuweilen mit nachdrücklicher Hervorhebung der Zwangslage, in der die Kurländer sich befinden, aus der heraus sie um Sein oder Nichtsein kämpfen. Ihre Lage macht ihr Streben, ihr Wünschen verständlich. Der einzige Rettungsweg, der sich ihren Augen zeigt, ist die Loslösung von Rußland. Andernfalls haben sie die Vertreibung aus Kurland, wenn nicht Schlimmeres zu erwarten. An Kurland aber sind sie mit allen Wurzeln ihrer Existenz geknüpft, und Kurland ist ihre Heimat, die sie lieben.

Das Gleiche gilt jedoch auch von den Letten. Auch sie lieben und schätzen in Kurland ihre Heimat, hier ist der Boden, auf dem sie hoffen, ein freies selbständiges Volk werden zu können. In dem dunklen Drang ihrer eigenen Interessenvertretung träumten sie von einem Lettenreich an der Ostsee. Für diese Idee, die in verschiedenen Strömungen zum Ausdruck kam, litten und stritten die Letten. Darin bestand ihr Gegensatz zu den Deutschen und auch zu den Russen. Dieser Gegensatz war der Untergrund aller Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen den Letten und der sozial wie wirtschaftlich herrschenden Oberschicht. Daraus erklärt sich auch wieder die unerkennbare russenfreundliche Haltung bei der Mehrzahl der Letten. Diese glaubten, mit Hilfe Rußlands die Herrschaft der Deutschen in den Ostseeprovinzen brechen zu können, um dann unbehindert deren Erbschaft anzutreten. Rußlands

Rumänische Schmiegelder.

Bukarest, 11. Febr. (D. D. B.) Senator Dobrescu sprach an, in welcher Eigenschaft Secaleanu 1 1/2 Millionen Lei erhalten habe. Die Erklärung Secaleanus, er habe die Summe für ein landwirtschaftliches Syndikat erhalten, sei nicht ernst zu nehmen. Hierauf erklärte der Ackerbauminister Konstantinescu, daß die Angelegenheit mit der persönlichen Ehrenhaftigkeit Secaleanus nicht zusammenhänge. Auch könne vom Strafgesetze nicht gesprochen werden, höchstens davon, daß Fehler begangen worden seien, von denen Secaleanu keine Rechenschaft gegeben habe. Die „Independanta“ behandelt die Angelegenheit Secaleanu von dem Standpunkte aus, ob es zulässig ist, daß eine Vereinigung, wie sie die landwirtschaftlichen Syndikate bilden, Kommissionsgelder einkaufte. Bei einem Einzelnen könne man sich noch auf den Standpunkt stellen, Geld sei Geld; wenn es sich aber um eine Genossenschaft handle, die um ihr Ansehen besorgt sein müsse, müsse die Sache von einem höheren Standpunkte aus betrachtet werden.

Russische Nachrichten.

Kopenhagen, 11. Febr. (D. D. B.) Nach einem Telegramm der „National Tidende“ aus Petersburg setzen die Parteiführer die Verhandlungen über das Arbeitsprogramm der Duma fort. Von verschiedenen Seiten werden Wünsche bezüglich eines Antrufs der Bevölkerung durch die Ausschreibung von Neuwahlen laut. Gleichzeitig sind alle darüber einig, daß der Krieg fortgesetzt werden müsse.

Kopenhagen, 11. Febr. (D. D. B.) Die „National Tidende“ meldet aus Petersburg: Infolge des energischen Widerstandes in Handels- und Industriezweigen hat der Ministerrat den Vorschlag des Finanzministers über eine Verringerung der Kriegsgewinne vorläufig aufgeschoben.

Kopenhagen, 11. Febr. (D. D. B.) Aus Petersburg berichtet die „National Tidende“: Am nächsten Montag reist eine große Gesellschaft von Vertretern großer russischer Blätter sowie der russischen Wissenschaft nach England, um die englischen Verhältnisse und insbesondere die Rohstoffsituation von Griechenland zu studieren; später reisen Vertreter des Reichsrates und der Duma zu dem gleichen Zweck ab. In der englischen Einladung wird betont, daß man nicht nur Vertreter des linken, sondern auch des rechten Flügels wünsche.

Kopenhagen, 12. Febr. (D. D. B.) Größtes Aufsehen erregt in Moskau der „Birzhozija Wjedomosti“ zufolge, die Entdeckung geheimes russischer Vorräte von 300 000 Rubel, die dem sehr bekannten Reichsratsmitglied Ruffin-Bulskir gehören. Der Kommerzherr Ruffin-Bulskir ist Mitglied vieler wohlthätigen Gesellschaften und Vorstand des besonderen Lebensmittelsrates.

Englische Finanzhilfe für Frankreich.

Bern, 11. Febr. (D. D. B.) Aus Paris wird berichtet: Im letzten Ministerrat war der Finanzminister Ribot wieder erschienen, der sich mit dem Leiter der Bank von Frankreich Anfang der Woche nach London begeben hatte. Ribot teilte mit, daß die Londoner Börse für den Handel mit französischen Wertpapieren unter der Bedingung geöffnet werden soll, daß dieser Handel nur durch Vermittlung der Bank von Frankreich und der Bank von England stattfinden und daß der Geld aus Verläufen von Wertpapieren zur Begleichung der in England getätigten Käufe verwendet werden soll. Die Bank von England wird der Bank von Frankreich ihre guten Dienste leisten, um die Erlangung von Handelskrediten in England zu erleichtern. Es wurden Verfügungen getroffen hinsichtlich der Vergütung der von der französischen Regierung in England und den Vereinigten Staaten von Amerika getätigten Käufe.

Berner Postleute bemerken zu der Pariser Meldung, man könne aus der geschilderten Maßnahme erkennen, daß die aus der Siegesansicht gewonnenen Mittel der Erbschaft nahe seien und daß Ribot zwecks Erlangung von Geldmitteln zur Verpfändung von erbschaftlichen französischen Wertpapieren wie Eisenbahnobligationen greifen müsse, um die notwendigen Kredite zu erhalten.

Der letzte deutsche Luftangriff auf England.

London, 11. Febr. (D. D. B.) Die „Daily Mail“ meldet aus Ramsgate vom 9. Februar: Zwei deutsche Wasserflugzeuge näherten sich in sehr hohem Fluge der Küste und warfen an der Stadgrenze

Ziel war jedoch unzweifelhaft ein anderes. Es wollte sich zunächst der Letten bedienen, um die Deutschen zu überwinden, sie aus dem Baltischen zu vertreiben oder mindestens sie aller sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und sonstigen Vorrechte zu berauben. War man erst mit den Deutschen fertig, dann würde es nicht schwer fallen, den Widerstand der Letten gegen die dann mit aller Macht gegen sie gerichteten russifizierungsbestrebungen niederschlagen. In geschickter Weise verstand es Rußland, den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Letten und Deutschen besonders seit Ausbruch des Krieges für seine Interessen auszunutzen. Viele Letten haben im Geiste schon die Morgenröte einer lettischen Republik aufsteigen. Und Rußland, so glaubte man, werde, wenn vielleicht auch nur der Not gehorchend, bei diesem politischen Geburtstags-Gebommendienste leisten.

Zunehmend deutlicher soll sich jedoch ein Umwandlung bei den Letten bemerkbar machen. Der erwähnte Bürgermeister erklärte mir, er habe kürzlich von einem russischen Ueberläufer eine zwei Tage vorher in Riga gedruckte lettische Zeitung erhalten, in der mancherlei Beweise für das politische Umlernen der Letten zu finden gewesen wären. In einem Artikel z. B. werde nachdrücklich, wenn auch mit einer gewissen Vorsicht auseinandergesetzt, daß man mit den Verhältnissen rechnen, alle Hoffnung auf die Eroberung Kurlands für die Letten unter deutschem Einfluß einer viel besseren wirtschaftlichen und rechtlich gesicherten Entwicklung entgegenstehe, als unter russischer Herrschaft. Diese Umstände berechtigten zu der Annahme, daß die Letten mit dem von den Deutschen in Kurland erstrebten politischen Ziel sich schnell ausöhnen würden. Die selbstverständliche Voraussetzung sei jedoch, daß man den Letten das Recht einräume, als gleichwertige und gleichberechtigte Bürger Kurlands ihre eigene Sprache und Kultur zu pflegen und Anteil zu nehmen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Mit solchen sozialen Mitteln würde man die letzten Spuren von Sympathie für Rußland bei den Letten tilgen.

Daß die Letten fleißig, tüchtig, intelligent und lernbegierig seien, das wird allgemein anerkannt. Zuweilen hört man allerdings, sie seien auch unausrichtig, wenigstens im Verkehr mit den Deutschen. Die meisten Kurländer und Militärs, mit denen ich über diese Frage sprach, erklärten

Seniileton.

Kurländische Deutsche und Letten.

Diesen Aufsatz des Kriegsberichterstatters Dumell geben wir wieder, weil ihm unmittelbare Beobachtungen zugrunde liegen. Die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den baltischen Völkern und den Russen der Letten sind wiederholt in der „Volksstimme“ geschildert worden. Auch das im Lettentum selbst eine wohlhabende, sogar reiche Grundbesitzerklasse doch kommt, die sogenannten grauen Perone.

Seit 700 Jahren kämpfen die Kurländer für das Deutschthum. Gegen Widerstände aller Art verteidigten sie es. Mehrmals warteten sie vergeblich auf Hilfe von Deutschland. Die Mutter wollte oder konnte ihr Kind an der Ostsee nicht schützen vor der Einkreisung in ein anderes, in ein slawisches Reich. Schließlich mußte Kurland sich der russischen Krone unterwerfen. Die Balten wurden lokale russische Untertanen, aber ihr Deutschthum gaben sie nicht preis. Aus dem kurländischen Adel ging eine große Zahl russischer Staatsmänner und höherer Offiziere hervor. Die russische Beamtenchaft ist mit Kurländern durchsetzt. Ein Teil von ihnen ging mit seinen Interessen allmählich in Rußland auf. Hier sah er seine Zukunft, hier war die Leiter zu seinem Emporkommen angelegt; er nahm russisches Wesen, russische Gesinnung an. Aber die Mehrzahl bewahrte doch auch hier deutsches Wesen und deutsche Gesinnung. — Das versicherte uns, wie auch anderswo mehrfach, auch hier der Bürgermeister eines kurländischen Städtchens, der früher schon lange Jahre unter russischer Herrschaft als Stadtvater amtiert hatte. Bei dem kühlen Einfließen der russifizierungsbestrebungen trat er von seinem Posten zurück. In gewandter Form und mit sachlicher Schärfe trug er seine Ansichten vor. Bei einer anderen Gelegenheit wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die starke Betonung der politischen Wünsche der Kurländer den Deutschen in den baltischen Provinzen von Nachteil sein könnte? Es sei vielleicht zu befürchten, daß Rußland aus solchen Befindungen die Verächtlichkeit herleite, die Deutschen überall als bewußte Landesverräter zu behandeln. — „Nein, nein,“ lautete die Antwort. „Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Deutschen allgemein seit Kriegsausbruch und selbst schon vorher behandelt worden sind, kann nicht mehr gesteigert werden. Die Deutschen wurden vertrieben,

Senator
114 Mil-
er habe
alten, sei
minister
schlichen
sch könne
von, daß
nu keine
ndelt die
s, ob es
irtschaft-
ere. Bei
unft stel-
Genossen-
üsse die
t werden.

ach
etersburg
Arbeits-
n werden
durch die
ind alle
se.
Die
folge des
riefreien
ters über
gehoben.
Aus
nächsten
n großer
nach Eng-
ndere die
der reifen
gleichen
ont, daß
es rechten

Auffehen
folge, die
000 Bud-
-Bulstin
Mitglied
sonderen

s wird be-
stet Ribot
an Fran-
tollte
anachischen
das dieser
und der
fäulen von
den Rüsse
Bank von
von Ham-
rungen
sich den
Amerika

land.

Die Daily
war: Zwei
in sehr
adigrenze

te sich zu-
erwinden,
destens si-
schen und
t mit der
allen, den
acht gegen
guschlagen
schäftlichen
seit Aus-
en. Viele
er leistung
an, werde,
bei diesem

ng bei den
meister er-
berläufer
die Zeitung
tische Um-
einem Ar-
er gewissen
hältnissen
ds für die
wachsenden
von Vorteil
el besseren
lung-ent-
Umstände
n von den
sich schnell
hebung sei
als gleich-
bre eigene
men an der
den Isolation
pathe für

und Lern-
weilen hört
stagens im
änder und
erklärten

zwischen Ramsgate und Broadstairs 7 Bomben ab. Alle Bomben fielen in das Feld und richteten keinen Schaden an. Nur die Fenster eines Hauses, das 200 Yards entfernt liegt, sprangen entzwei. Die Deutschen blieben nur wenige Minuten über der Küste und verschwanden sehr schnell wieder. Die Boote, die in der Straße lagen, konnten die Flugzeuge sehr gut sehen. Zwei Flugzeuge flogen die beiden nebeneinander und dann hintereinander. Sie hatten eine sehr helle Farbe und waren gegen die Wolken kaum zu sehen. Man merkte nicht, daß es feindliche Flugzeuge waren, bis sie Bomben abwarfen. Die Stadt erhielt keine Warnung. In Broadstairs fiel in der Nähe der Mädchenschule eine Bombe nieder, die nicht explodierte, eine fiel in den Garten eines Privathauses.

Das bedrückte England.

Die „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel: Erkennt die Regierung jetzt den vollen Ernst des Luftproblems? Nach ihren Presseorganen zu urteilen, tut sie es nicht. Aber feindliche Flugzeuge können die Luftschiffe verdunkeln, daß feindliche Flugzeuge mehrmals am selben Tage unsere Küsten besucht haben und unversehrt wieder entkommen. Wir gebieten nicht zu denen, die mit dieser Verhöhnung unserer Impotenz zufrieden sind. Die britische Flotte behauptet, die See zu beherrschen. Deshalb können die feindlichen Flugzeuge nicht in dem Augenblick angegriffen werden, wo sie die feindliche Küste verlassen? Deshalb werden keine Nachrichten über ihre Bewegungen auf drahtlosem Wege zu uns gesandt? Deshalb wird unsere Küstenverteidigung nicht rechtzeitig gewarnt? Deshalb sieht unser Flugdienst die Angler am hellen Tage kommen, und weshalb eröffnet die Luftkavallerie nicht das Feuer? Kurz: was ist bei unserem Luftdienst in Unordnung?

Die Schiffsnot der Westmächte.

London, 11. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Das Neutliche Bureau berichtet: England wird schiffen, wieviel Schiffe nicht für militärische Zwecke nötig sind, und dann den Verbündeten Schiffe zuteilen, die Kohlen, Erz, Holz und Getreide zu den von der Admiralität gehaltenen Breiten befördern werden.

London, 11. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Times“ berichtet: Die Schiffsnot für den Ostseehandel zwischen Amerika und Europa sind von 120 auf 80 Schiffe für die Tonne beschränkt.

London, 11. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Hobbs meldet als Vermittler die britischen Dampfer „Salazar“, „Donmouth“, „Glenariff“, „Gummere“ und die britische Bark „Jubermart“, sowie die italienischen Dampfer „Triglativa“ und „Benilure“.

Paris, 12. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Ein Gesandtschaftsmitglied der Holland ausbrechender Schiffsraum gesichert werden soll, verbietet bei Vermeidung von Gefährdung den Verkauf oder die Vercharterung eines niederländischen Schiffes an das Ausland ohne schriftliche Genehmigung des Ministers für Ackerbau, Industrie und Handel und ebenso die Entlassung eines Schiffes zu diesem Zweck aus den Heimathäfen.

Die letzte deutsche „Lusitania“-Note.

Die „Kölnische Zeitung“ bringt folgenden Auszug aus der Note, die Deutschland in der „Lusitania“-Angelegenheit an Amerika gerichtet hat. Der Auszug lautet:

Großbritannien hat von Beginn des Krieges an das internationale Recht auf offener See andauernd verletzt. Deutschland hat infolge des gegenwärtigen und unumkehrbaren Vorgehens Großbritanniens durch die Abweisung von Lebensmittelforderungen beträchtlich gelitten. Großbritannien weigert sich, die Vorschriften der Kriegsführung, wie sie durch das internationale Recht anerkannt sind, zu befolgen, gipfeln in dem Erlaß der rechtswidrigen königlichen Verfügung (Order in Council), die bewirkt, die bürgerliche Bevölkerung Deutschlands durch Hunger zur Unterwerfung zu bringen. Das internationale Recht räumt den Kriegführenden in gewissen Fällen die Befugnis ein, Vergeltung gegen den Feind wegen unumkehrlicher Art der Kriegsführung zu üben. Als Vergeltungsmaßnahme für die Hungersperre verhängte die deutsche Regierung ein Kriegsgebiet rund um England und gab dabei ihre Absicht kund, die feindlichen Schiffe in diesem Bereiche zu vernichten. Infolge dieses Beschlusses wurde auch die „Lusitania“ versenkt. Deutschland bedauert höchlich den Verlust von Amerikanern; es hatte keine Absicht, Amerika Schaden zu bringen. Infolge des

demgegenüber, daß, wo sich solche Ergebenheit zeige, ihr keine große Bedeutung beigemessen sei. Mißtrauen und Unaufrichtigkeit seien stets Folgen langer Unterdrückung, unter der die Völker zweifellos gelitten hätten. Die waren fesseln der Welt zwischen den Russen und den Deutschen. Seit Jahrhunderten haben und glaubten sie sich in ihrem Heimatland von Feinden umgeben. Durch die Vortriebe der herrschenden Schicht, die die Völker als Eindringlinge betrachten, füllten sie sich benachteiligt. Sie mußten bitten, wo sie nach ihrer Überzeugung das Recht zum Fortleben hatten, sie mußten Unterwürfigkeit zeigen, wo sie Gleichberechtigung verlangten. Um nicht geschädigt und überlistet zu werden im Kampf für ihre Interessen, lagen sie ständig auf der Kauer. Sie waren zu wenig frei und zu schwach, um offen kämpfen zu können. Im Verkehr mit Nichtletzen befehligen sie sich der Zurückhaltung, sie suchten ihre eigenen Wünsche und Pläne zu verbergen und die Absichten der anderen auszuspähen. Das ist ein Mittel, dessen sich Unterdrückte häufig gegenüber der herrschenden Schicht bedienen. — Der nationale Kampf bei allen Völkern hängt letzten Endes stets mit wirtschaftlichen Interessen zusammen. Damit ist nicht gesagt, daß die nationalen Auseinandersetzungen nicht auch von Heimatgefühl, Rasseninstinkten und anerzogenen Ideen getragen würden. Die Neigung für die Kultur des Volks, aus dem man hervorgegangen ist, die Liebe zur Heimat und zu der Muttersprache bilden naturgemäß bei allen gemeinsamen Lebensäußerungen und Bestrebungen in den Kämpfen der Völker gegeneinander einen gewichtigen Faktor. Kaucht man einem Volke seine Muttersprache, so nimmt man ihm das Ausdrucksmittel seines Geistes- und Gefühlslebens. Das Aufbauen dagegen ist wiederum der Ausdruck eines Volkskampfes. Das Volk vermehrt sich dabei mit dem Reizen, die Grenzen verdrängen ineinander. Mancher glaubt, er kämpfe für eine reine Idee, in Wirklichkeit ringt er um seine und seiner Angehörigen Existenz. Die meisten Menschen vertreiben ihre Interessen mit der Heimat im weiteren Sinne. Nicht trotzdem, sondern auch darum ist die Heimatliebe stark und tief. Erziehung, Kindheitserinnerungen, verwandtschaftliche Beziehungen, Freude an den besonderen Natur Schönheiten, der ganze Komplex vertraut und lieb gewordener Gewohnheiten verstärken naturgemäß die Liebe für die Heimat, die Anhänglichkeit an das Geburtsland. Und alle die aus diesen Beziehungen und Interessen entstehenden Gefühle setzen sich in den Kämpfen um nationale Selbstständigkeit und bei der Vaterlandsverteidigung in eine stark wirkende Triebkraft um. Das muß man auch bei der Beurteilung der Völker würdigen.

Verlustes von Leben von Amerikanern änderte Deutschland sofort sein Vorgehen in dem Unterseebootskrieg und erzielte den Befehl, die Unterseeboote Befehl, eine Wiederholung des Vorgehens zu vermeiden, bei der das Leben von Neutralen gefährdet werden könnte. Nachdem Deutschland eingeräumt hatte, daß die Vergeltung unrichtig war, soweit sie die Leben von Amerikanern treffe, ist es jetzt bereit, eine Entschädigung an dieses Land zu bezahlen. Es ist bereit, mit den Vereinigten Staaten bei allen Beziehungen mitzuwirken, welche die Freiheit der Meere sichern sollen.

Wenn es den Amerikanern auf die Sache ankommt, können sie jetzt über Deutschland bei England für eine völkerrechtliche einmündige Durchführung des Seekrieges sorgen!

Englands Antwort.

London, 11. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der Marine-Mitarbeiter der „Times“ wendet sich gegen die amerikanischen Vorschläge über das Seekriegsrecht. Die Annahme der Bestimmungen, daß bewaffnete Handelschiffe der Besatzung amerikanischer Boote nur unter denselben Bedingungen erlaubt werden sollte, wie den Kriegsschiffen, wäre selbstmörderisch und würde tatsächlich zur Entwertung der Handelschiffe führen. Ferner sei die Bestimmung ganz unbedeutend, daß ein Handelschiff einer kriegsführenden Macht dem Befehl zum Anhalten Folge geben müsse. Das könne rechtmäßig nur von neutralen Schiffen gefordert werden. Die Verbündeten würden bei diesen Bestimmungen nur Nachteile, die Deutschen nur Vorteile haben.

Die Engländer denken also nicht daran, ehrlichen Krieg zu führen und ihre Handelschiffe zu entwerten.

Auseinandersetzung mit Österreich.

Newport, 11. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Neutlichen Bureau. Der Washingtoner Korrespondent der „New-York World“ meldet, daß Lansing eine Note an Österreich-Ungarn gerichtet hat, in der er verlangt, daß Österreich-Ungarn wegen des U-Boots-Angriffes auf den Dampfer „Petrolite“ sein Bedauern ausdrücke, den Kommandanten bestrafe und eine Entschädigung zahle. Die Note sagt, das U-Boot feuerte, ohne vorher zu warnen, sehr das Feuer fort, nachdem der Dampfer gestoppt hatte und verwundete einen Mann. Das U-Boot kam längs der Küste und irrte Vorräte kauen. „Petrolite“ weigerte sich, zu verkaufen. Daraufhin antwortete der österreichische Kommandant, er werde, wenn möglich, mit Gewalt nehmen, was er brauche. Er habe die amerikanischen Ratrosen auf das U-Boot bringen lassen und als Geisel festgehalten, während die Österreicher an Bord der „Petrolite“ gestiegen seien und die Vorräte holten.

Die Lebensmittelfrage im Sächsischen Landtage.

Die erste Kammer des sächsischen Landtags verhandelte in einer öffentlichen Sitzung über die von allen Fraktionen der zweiten Kammer gestellten und dort bereits einstimmig verabschiedeten Anträge zur Lebensmittelfrage. Die zwei Deputationen, die die Anträge vorbereiten haben, schlugen in einem längeren Druckbericht vor, den Beschlüssen der zweiten Kammer bis auf einige mehr formelle Abweichungen, zuzustimmen.

Die Debatte im Plenum lief trotz mancher durchaus fruchtbarer Ansichten, die man da hörte, doch erkennen, daß man sich der Tragweite und Wichtigkeit der Lebensmittelversorgung der breiten Masse auch in diesen Kreisen wohl bewußt ist. Mehr als einmal wurde es ungeschminkt ausgesprochen, daß es bei dem sogenannten Durchhalten letzten Endes auf die Haltung und Stimmung der breiten Massen des minderbemittelten Volkes ankommt. Es wurde auch offen zugegeben, daß diese Massen des Volkes im Vergleich mit normalen Zeiten jetzt Not leiden müssen. Einen Trost für diese Verhältnisse fand man aber darin, daß es in den andern Ländern, zum Teil auch in den neutralen, nicht besser sei. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Referenten, der besonders wegen der Kartoffelversorgung die ungemessene Preispolitik der Reichsstelle angriff. Erstens sei die Festsetzung des Höchstpreises unter dem Wert, den die Futterkartoffeln hätten, verkehrt gewesen, verkehrt dann aber auch die Erhöhung des Höchstpreises nach Neujahr. Zurzeit müßte entschieden verlangt werden, daß eine Preisobergrenze für die Verbraucher unter allen Umständen unterbleibe. Wenn eine Preisveränderung eintrete, dann müsse sie nach unten erfolgen. Die Lage biete keinen Anlaß zur Sorglosigkeit, man brauche aber auch nicht mutlos zu sein. Von anderer Seite wurde in dieser Hinsicht noch betont, daß es wünschenswert ist, den Preis in irgend einer Form zu differenzieren. Es sei nicht einzuwenden, worum die Bemittelten nicht höhere Preise zahlen sollten als die Armen. Die 50 Millionen Mark, die das Reich für Kartoffeln aufwenden mußte, hätten besser armen Leuten zugute kommen können.

Der Minister des Innern erklärte, daß die sächsische Regierung im Bundesrat alles mögliche — zum Teil mit Erfolg — im Sinne der Anträge der Kammer getan habe. Gegenüber den Präsidialanträgen (von Breußen) sei dort aber sehr schwer mit anderen Ansichten durchzukommen. Die Abgrenzung der einzelnen Kommunalverbände habe leider zu einem der Sache nicht dienlichen Kommunalverfallismus geführt, den zu beseitigen sich die Regierung zur Aufgabe gestellt habe. — Der Blauener Oberbürgermeister wies darauf hin, daß im Vogtlande für die Masse der Bevölkerung die Kartoffel bereits das wichtigste Nahrungsmittel geworden sei; an zweiter Stelle komme das Brot, von Fleisch und Butter sei kaum noch zu reden. Umso schlimmer wirkten die Zustände, die auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung entstanden seien. Es wären schwere Fehler gemacht worden. In Schleien habe man bis Ende Juni fortlaufende Preissteigerungen festgesetzt. Man habe nichts gelernt, und so bestehe jetzt „daselbe Elend zu derselben Zeit“, wie im Vorjahre.

Eine andere Note brachte General von Krosigk in die Debatte. Unverdorben und ehrlich habe die Landwirtschaft ihre Pflicht getan. Preise und Volkswirtschaft hätten die Aufgabe, sie zu schützen. Die Volksstimmung habe infolge der Kritik zum Teil einen bedenklichen Charakter angenommen; statt zu beruhigen, habe man erregt. Leider sei zurzeit weniger Aussicht auf Frieden, als vor einem Jahre. Und es scheine sogar, als ob es sich um Friedensbedingungen handeln werde, die nur ein völlig zu Boden geschlagener Gegner annehmen könne. — Der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Koch begann seine Rede mit einer geradezu gefühlsdemonstrativen Kritik der Politik und Kriegsführung Englands, die in den stärksten Kraftworten gipfelte. Den übrigen Teil seiner Rede füllte fast ganz seine Polemik gegen Reueverräter, die gegen die erste Kammer von nationalliberaler Seite in der zweiten Kammer und in der Presse gefallen sind.

Schließlich wurden die Anträge der Deputationen einstimmig angenommen, jedoch nur in der Hauptsache gleichlautende Beschlüsse beider Kammern vorliegen. Außerdem wurde noch beschlossen, einen Beirat aus Mitgliedern beider Kammern zu wählen, der die Regierung in ihren weiteren Maßnahmen unterstützen soll. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung.

Kriegssteuern und Kriegsanleihe in Deutschland.

Die „Verl. Polit. Nacht.“ schreibt: „Der Zeitpunkt für die Auflegung der vierten Kriegsanleihe steht noch nicht genau fest. Die Veröffentlichung des Entwurfes eines Kriegsvermögensumschlagengesetzes und der übrigen Steuervorlagen des Reichs wird, wie wir hören, so frühzeitig erfolgen, daß das Publikum vor der Bekanntgabe der Rechnungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe über die Steuerpläne im Reiche unterrichtet ist. Da der Reichshaushalt für 1916/17 nicht vor Entscheidung über die Bewilligung neuer Einnahmen verabschiedet werden kann, wird diese Entscheidung bis Ostern zu erwarten sein; denn es wird nicht angeht erscheinen, den Reichshaushalt allzu lange auf der unsicheren Grundlage eines Rotativs zu belassen. Dem Reichslog liegt ferner die Verantwortung ob, auch an seinem Teile für ein möglichst glänzendes Ergebnis der neuen Kriegsanleihe Sorge zu tragen. Wenn es dazu auch nicht der Bewilligung eines neuen Milliardenkredits bedarf, da noch Kredite in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen, so bedarf es doch einer schnellen Durchberatung des Etats und der Steuervorlagen, damit die Verwirklichung der nächsten Kriegsanleihe nicht etwa durch Ungewißheit hinsichtlich der zukünftigen Steuerbelastung beeinträchtigt wird.“

Der Reichsschatzsekretär steht also nicht mit Unrecht die Einführung extraordinärer Kriegssteuern als eine der Voraussetzungen für das Gelingen der vierten Kriegsanleihe an. Dar- aus ergibt sich aber für ihn auch die Verpflichtung, diese Sicherung der nächsten Anleihe so arbeitsmäßig als möglich durch Besteuerung kapitalistischer Quellen herbeizuführen.

Die Generalversammlung des Malerverbandes.

Wird Montag und Dienstag in Berlin liegen. Sie soll Stellung nehmen zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen, die am 25. Januar in Berlin stattfanden und über deren Inhalt und Ergebnis die „Volksstimme“ bereits am 28. Januar referiert hat.

Die inneren organisatorischen Verhältnisse des Verbandes wurden natürlich durch den Krieg stark beeinflusst. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Kronenunterstützung außer Kraft gesetzt, dafür aber die Arbeitslosen- und Familienunterstützung stark in Anspruch genommen. Vor allem gingen die Einnahmen an Beiträgen stark zurück, im Jahre 1914 — für 1915 liegen die Zahlen noch nicht vor — allein um dreieinhalb Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1913. Trotzdem konnte sich das Gesamtvermögen der Organisation am Schluß des Jahres 1914 auf der gleichen Höhe halten, wie 1913, was allerdings über 2 Millionen Mark für Zinsen und Ausbe- rungen gebraucht wurden; es belief sich auf rund 780 000 Mark.

Die Mitgliederbewegung zeigt in den Berichtsjahren 1913 und 1914 einen rückgängigen Lauf. Das Jahr 1913 stand noch unter dem Zeichen wirtschaftlichen Niederganges, 1914 unter dem des Krieges. Am 1. Januar 1913 betrug der Mitgliederbestand 50 550, Ende Dezember 44 842 und Ende 1914 22 610. Das Kriegsjahr 1914 brachte also einen Rückgang um rund 50 Prozent. Als zum Militär ein- gezogen waren bis Ende 1914 allerdings nur rund 15 000 gemeldet. Neu aufgenommen wurden 1913 rund 15 000, 1914 rund 12 000 Kollegen.

Neben dem Wirten im unmittelbaren Interesse der Mitglieder und ihrer Angehörigen durch innerorganisatorische Maßnahmen entfaltete der Verband auch eine umfassende soziale Tätigkeit zur Hilferung all der Not, die der Krieg allen Berufsangehörigen brachte. Mit den am Reichsrat beteiligten Organisationen einigte sich der Verband zu gemeinsamen Schritten: Beschaffung von Arbeits- gelegenheit durch eine Eingabe an sämtliche Behörden; strengste Durchführung des bestehenden Tarifvertrages; Fortsetzung der Arbeitszeit durch örtliche Vereinbarungen; Aufforderung an die Be- hörden, Arbeiten nur an tariffreie Unternehmer zu vergeben.

So suchte der Verband auf allen Gebieten die Interessen seiner Mitglieder zu wahren.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Vom Gericht in Bielefeld wurde ein Gärtner und Handelsmann aus Jähde in Bielefeld zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt, der einen umfangreichen Handel mit Saatgetreide betrieb und das als solches erworbene Korn fortgesetzt weitervertrieb, ohne sich darum zu kümmern, ob es auch als Saatgut Verwendung fand. Wie die „Neue Bärner Zeitung“ aus Lyon erfährt, müssen sich alle in Frankreich weilenden Engländer vom 18. bis zum 41. Jahre in die Militärlisten eintragen.

Nach einer durch Vermittlung der spanischen Botschaft in Berlin dorthin gelangenen Erklärung der französischen Regierung ist die Reisepasse über die früher in Dahomey und Senegal interniert gemessenen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen wieder aufgehoben worden.

Das Neutliche Bureau meldet, daß die Belgier, die in Afrika mit den Briten und Franzosen zusammenwirkten, eine Grenze von über 500 Meilen verteidigten, von nördlich des Äquators bis südlich vom Tanganika, die Deutschen in ungefähr zehn Gefechten mit schweren Verlusten zurückwarfen und nun in Deutsch- Ostafrika eindringen. (Die Meldung ist mit Mißtrauen aufzunehmen, da sich bisher sämtliche Nachrichten über koloniale Kämpfe aus belgischer Quelle als unzuverlässig erwiesen haben.)

Die Bewegung gegen die Deutschen, welche in Kanada am 1. Februar stattfand, nimmt sehr stark zu. In einer Versammlung wurde ihre Entfaltung verlangt. Es wurde ein antideutscher Bund mit dem Motto gegründet: „Keine deutschen Güter, Arbeiter oder Einwanderer!“



Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusfrei
A-MEYER & SÖHNE, DRESDEN

Höchstpreise für Schweinefleisch.

Die auf Grund der Bundesrats-Bekanntmachung vom 4. November 1915 betr. Preise für Schlachtschweine und Schweinefleisch erlassene Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird hiermit abgeändert und erhält folgende neue Fassung:

§ 1.

Der Höchstpreis für frisches (rohes) Schweinefleisch — mit eingewachsenem Knochen — wird für das Pfund auf 1.52 M. festgesetzt, soweit nicht nachstehend durch § 2 abweichende Höchstpreise bestimmt werden.

Jede Beilage von geringwertigen Teilen oder von Knochen ist verboten.

Der Höchstpreis für frisches (rohes) Schweinefett wird für das Pfund auf 1.94 M. festgesetzt.

§ 2.

Der Höchstpreis für nachstehend benannte Vorzugsstücke wird wie folgt festgesetzt:

1. Geschnittene Kotelette für das Pfund auf 2.— M.

2. Schnitzel, Filetsteaks, Lendchen für das Pfund auf 2.— M.

Der Höchstpreis für die geringwertigen Teile wird wie folgt festgesetzt:

1. Kopf und Schnauze für das Pfund auf .— 90 M.

2. Füße für das Pfund auf .— 40 M.

3. Hapsel (Eisbein) für das Pfund auf .— 1.— M.

§ 3.

Der Höchstpreis für nachstehend aufgeführte zubereitete Fleischstücke und Wurstwaren wird wie folgt festgesetzt:

1. Gefalzenes Solberrfleisch . . . das Pfund 2.— M.

2. Gefalzenes Solberrfleisch . . . „ 2.50 „

3. Ausgelassenes Fett . . . „ 2.40 „

4. Grobgehackte Bratwurst und Schweinehackfleisch . . . „ 2.40 „

5. Frische Bratwurst und Füllsel . . . „ 2.— „

6. Preßkopf, Extra-Leber- u. Blutwurst . . . „ 2.— „

7. Blutwurst (breite) . . . „ 1.80 „

8. Hausmacher Leberwurst und Blutwurst . . . „ 1.80 „

9. Fleischwurst . . . „ 1.90 „

10. Gewöhnliche Leber- und Blutwurst . . . „ 1.50 „

11. Wurstfett . . . „ 1.80 „

§ 4.

Die festgesetzten Höchstpreise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu den festgesetzten Preisen gegen Vorzahlung darf nicht verweigert werden.

§ 5.

Wer die in den vorstehenden Bestimmungen genannten Schweinefleischsorten, Fett, Fleisch- und Wurstwaren nach außerhalb verkauft, darf auch hierbei die festgesetzten Höchstpreise nicht überschreiten.

§ 6.

Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914. Zuwiderhandlungen werden hiernach strengstens bestraft.

§ 7.

Eine Höchstpreisfestsetzung für feinere Wurstsorten, Schinken, Dörrfleisch und Speck erfolgt zunächst nicht.

Die Metzgerinnung hat sich aber verpflichtet, für die folgenden in Wiesbaden hergestellten Waren folgende Preise nicht zu überschreiten:

1. für geräucherten Schinkensinken . das Pfund 2.20 M.

2. „ „ „ „ „ „ 2.80 „

3. „ „ „ „ „ „ 3.60 „

4. „ Dörrfleisch . . . „ 2.40 „

5. „ geräucherten Speck . . . „ 2.40 „

6. „ „ „ „ „ „ 2.20 „

Sollte dennoch eine Überschreitung der Preise stattfinden, so wird der Magistrat sofort eine Höchstpreisfestsetzung vornehmen.

§ 8.

Die Verordnung tritt am 12. Februar in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Februar 1916.

Der Magistrat.

W 1111

Metallbeschlagnahme.

Warnung.

Das Publikum wird wiederholt vor Nachlässigkeit in der Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände gewarnt.

Inbesondere müssen die Zeiten, die in den nach Buchstaben ausgegebenen Eigentumsübertragungen vorgeschrieben sind, eingehalten werden.

Bei dem später fächer zu erwartenden Andrang infolge falscher Ablieferung werden alle nicht bestellten Abnehmer ohne weiteres zurückgewiesen und sehen sich der zwangsweisen Einziehung aus.

Bis auf weiteres können auch noch unangemeldete Gegenstände angenommen werden.

Wiesbaden, den 8. Februar 1916.

Der Magistrat.

W 1110

Restaurations „Port Arthur“

Waldramstr. 20.

Wiesbadener Germania-Brauerei.

Besonders empfehle ein vorzügliches Mittag- und Abendessen.

Küchenchef

Jakob Greis

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!

Höchstpreise für Marmeladen betr.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 (R. G. Bl. S. 754) und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 14. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 817) über die Preise für Marmeladen, werden für den Stadtkreis Wiesbaden folgende Kleinhandels-Höchstpreise festgesetzt:

§ 1. Für:

1) beim Verkauf von pfundweise ausgewogenen Waren 60 / 50 / 40 / 35 /

2) beim Verkauf in ganzen Blechbüchsen oder sonstigen Gefäßen von über 10 bis einschließlich 15 kg . . . 55 / 45 / 36 / 32 /

von 5 bis einschließlich 10 kg . . . 60 / 50 / 40 / 35 /

unter 5 kg . . . 65 / 55 / 44 / 38 /

Die Preise werden in den Fällen unter 1 nach dem Rein- gewicht, in den Fällen unter 2 nach dem Rohgewicht (brutto für netto) berechnet.

Bruchteile von Pfennigen können auf volle Pfennige nach oben abgerundet werden.

Für Sorte I werden Höchstpreise vorläufig nicht festgesetzt.

§ 2. Im Sinne dieser Verordnung gelten als:

Sorte I: Marmeladen, die aus nur einer Fruchtart hergestellt werden, mit Ausnahme von Apfelmarmeladen;

Sorte II: Marmeladen, die aus höchstens 4 Fruchtarten hergestellt werden, sofern sie nicht unter Sorte I fallen und nicht eine Kevfeleinschmelze von mehr als der Hälfte der Gesamtmenge enthalten;

Sorte III: Reine Apfelmarmeladen, sowie Marmeladen aus Früchten aller Art, sofern sie nicht unter die Sorten I und II fallen und nicht eine Einmischung von Fruchtstückchen von mehr als ein Viertel der Gesamtmenge betragen.

Sorte IV: Marmeladen aus Früchten oder Fruchtstückchen ohne Zusatz von Rüben und Kartoffeln, sofern sie nicht unter Sorte I bis III fallen (Kunstmarmeladen);

Sorte V: Marmeladen mit Zusatz von Rüben und Kartoffeln;

Sorte IV wird erst hergestellt und nach einiger Zeit im Handel erscheinen.

Sorte V wird einstweilen nicht hergestellt und daher im Handel nicht geführt.

§ 3. Auf allen Gefäßen, welche Marmeladen enthalten, muß deren Inhalt — unter Angabe der Sorte und des Gewichts (§ 2) — in deutlicher Weise bezeichnet sein.

Die für den Verkehr mit Nahrungsmitteln geltenden allgemeinen Vorschriften sind genau zu beachten.

§ 4. Die festgesetzten Höchstpreise dürfen nicht überschritten werden. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu den festgesetzten Preisen gegen Vorzahlung darf nicht verweigert werden.

§ 5. Wer die in § 1 genannten Waren nach außerhalb verkauft, darf auch hierbei die festgesetzten Höchstpreise nicht überschreiten.

§ 6. Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher.

§ 7. Die auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (R. G. Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (R. G. Bl. S. 25) und vom 23. September 1915 (R. G. Bl. S. 603).

Zuwiderhandlungen werden hiernach strengstens bestraft.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Februar 1916.

Der Magistrat.

W 1112

Deutschkatholische (freireligiöse) Gemeinde zu Wiesbaden.

Herr Prediger Gustav Tschirn spricht am Sonntag, 13. Februar, über das Thema: „Die Religion und das Kind“.

Die Erbauung findet nachmittags pünktlich 5 Uhr im Bürger- saal des Rathauses statt. Der Zutritt ist für jedermann frei.

W 1110

Der Aeltestenrat.

Neueste Kriegskarten!

Kriegskarten-Atlas (Geol. 10 Karten auf Taschenformat gefaltet, dauerhaft gebunden, reich bebildet, illustriert. Preis M. 1.50. Porto 10 Pfg.

Kriegs-Atlas (Klein). 36 Karten, Großquartformat. Preis 60 Pfg. Porto 10 Pfg.

Karte des Weltkrieges (Großformat). 11 vorzügliche farbige Uebersichten auf einer großen Karte. Preis M. 1.—. Porto 10 Pfg.

Kriegskarte der Balkanstaaten mit der Spezialkarte des Osmanischen Reiches und seiner Nachbarländer (Prof. W. Nebeben). Große farbige Karte. Preis M. 1.—. Porto 10 Pfg.

Frontenkarte, farbige. Militärischer Monatsbericht in Karten- bildern von sämtlichen Kriegsschauplätzen. Regie Ausgabe No. 8: Frontenstellungen von Anfang Mai bis 1. Januar. Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg. Feldpost frei.

Stimmungs-Spezialkarten des gesamten Kriegesgebietes. 1. Rüd. Westfront von Calais und Boulogne bis über Sedan hinaus, 2. Süd. Westfront von Sedan bis Belfort, 3. Ostfront. Preis für letztere 3 Karten je M. 1.—, Porto 10 Pfg.

Schlachtenpläne (Spezialkarten) von allen Gebieten des 1911. und 1912. Kriegsschauplätze. Größe 50/70 cm. Preis für 1 Blatt 50 Pfg. Feldpost frei.

Wandkarten, einfach und koloriert, 96/108 cm, Ost, West, Süd, Nord, Balkan, Italien, Serbien. Preis einfach je 40 Pfg., kol. je 80 Pfg. Porto 5 Pfg.

Karte von Englands Länderrand zeigt die Länder der Welt, aus denen sich England auf Kosten der Spanier und Portugiesen, Holländer, Franzosen, Amerikaner, Türken und Chinesen u. vergrößert hat, mit Angabe der Länderränder, Einwohner- und Jahreszahlen. Vor- zügliche farbige Darstellung, großes Format. Preis 60 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt am Main Gr. Girscharaben 17.

Zeitgemäße Partei-Literatur.

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg Eine politische Studie von Dr. Paul Lench. Preis 40 Pfg.

Die Internationalität und der Krieg. Von Karl Rautsch. — Sonderdruck aus der „Neuen Zeit“. Mit einem Vorwort. Preis 20 Pfg.

Dokumente zum Weltkrieg 1914.

Eine Sammlung der von den Regierungen der kriegsführenden Staaten veröffentlichten Darlegungen über die Ursachen des Krieges. Herausgegeben von Eduard Bernstein, M. d. R.

Blätter sind erschienen:

Heft 1: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

Heft 2: Das englische Weißbuch. Preis 30 Pfg.

1. Die Geschichtsdarstellung und die Darlegungen der Minister.

Heft 3: Das englische Weißbuch. Preis 30 Pfg.

2. Der diplomatische Verlauf des brit. Auswärtigen Amtes.

Heft 4: Das russische Weißbuch. Preis 30 Pfg.

Heft 5: Das belgische Weißbuch. Preis 30 Pfg.

Heft 6: Das belgische Weißbuch. Preis 30 Pfg.

1. Teil: Vorbereiten und Vorbild.

Heft 7: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

2. Teil: Die Zeit vom 24. bis 28. Juli 1914.

Heft 8: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

3. Teil: Von der Kriegserklärung Österreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland.

Heft 9: Österreich-Ungarisches Weißbuch. Preis 40 Pfg.

Heft 10: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

1. Teil: Vom 6. Dezember 1914 bis 4. März 1915.

Heft 11: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

2. Teil: Vom 4. März 1915 bis zur Kriegserklärung.

Heft 12: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

Vom 16. Juni bis 3.10. August 1914. Die dem Krieg vorausgehenden Verhandlungen.

Weitere Hefte sind in Vorbereitung.

Ueber Zweck der Herausgabe dieser „Dokumente zum Weltkrieg 1914“ schreibt der Herausgeber im Vorwort zu Heft 1 u. a. folgendes: „Es besteht in weiten Kreisen der Welt, die Deutsch-französischen und Österreichisch-italienischen Beziehungen darzustellen. (Jedem Heft ist eine Karten- folge beigelegt.) Zunächst sind erschienen:

1. Heft: Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pfg.

2. Heft: Die Türkei und Mesopotamien. Preis 30 Pfg.

3. Heft: Österreich-Ungarn. Preis 30 Pfg.

4. Heft: Serbien und das serbische Volk. (Verboten.)

5. Heft: England. Preis 40 Pfg.

Kriegführung, Heer, Flotte. Militärische Sachausdrücke, gemeinverständlich erläutert von E. Baumig. Preis 10 Pfg.

Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilhelm Dammell, Kriegsberichterstatter. Mit 8 Bildern. Preis 1 Mark.

Kriegsbriefe aus Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. Köster und G. Röske, M. d. R. Mit 8 Bildern. Preis 1 Mark.

Die Zarengeißel. Sturmchöre aus hundert Jahren. Herausg. von Dr. H. Diederich. In festem Umschlag gebunden 50 Pfg.

Der deutsch-französ. Krieg 1870/71. Sonderdruck aus „Die Welt in Waffen“. Von Hugo Schütz, Kriegsberichterstatter im österr.-ung. Hauptquartier. 310 Seiten großes 4. Format. 240 Bilder und Dokumente. Gut gebunden 3 Mark.

Eine wahrheitsgetreue, von einem Sozialdemokraten gegebene Schilderung des deutsch-französischen Krieges muß zur Zeit des gewaltigen Weltkrieges besonderes Interesse erwecken.

Deutsch-Französisch + Deutsch-Polnisch. Zwei Sprachbüchlein für Feldsoldaten. Preis je 15 Pfg.

Die große Anzahl der Befehlungen, die direkt aus dem Felde erfolgen, zeigt die Nützlichkeit der Hefte für unsere Soldaten. Als Gedächtnis werden die Sprachführer sehr willkommen gesehen werden. Der Versand ins Feld erfolgt portofrei.

Das Recht während des Krieges. Preis 30 Pfg.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen. Herausg. vom Landtagsabgeordneten Paul Hirsch. Preis 30 Pfg.

Demokratie und Organisation. Grundlinien proletarischer Politik von H. Bauerberg und Fr. Wolffheim. Preis 50 Pfg.

Krieg und Sozialdemokratie. Drei Aufsätze von Konrad Haenisch. — Preis 25 Pfg.

Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg von H. Bauerberg und Fr. Wolffheim. Preis 30 Pfg.

Amerikan. Stimmen über den Weltkrieg. Von Prof. Runo Franke. — Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.